

600 Stromversorger-Monopole

Der massive Anstieg der Strompreise der jüngsten Zeit legt auch die stossenden Preisunterschiede für die Haushalte offen. Die Schweiz sollte endlich die zweite Stufe der Liberalisierung umsetzen. **MARKUS SAURER**

Die Elektrizitätskommission (ElCom) hat im September bekanntgegeben, dass die Strompreise in der Grundversorgung auf das nächste Jahr für den Median-Haushalt 18% steigen werden – nachdem sie schon für das zu Ende gehende Jahr 27% (!) erhöht worden waren. Die Kilowattstunde (kWh) wird rund 32 Rp. kosten und den typischen Haushalt mit einem Verbrauch von 4500 kWh mit rund 1500 Fr. belasten; davon etwa 50% für den Energieverbrauch, 43% für die Netznutzung und Abgaben und 7% für den Netzzuschlag des Bundes.

Der massive Strompreisanstieg 2022/23 wurde von der ElCom mit den stark angestiegenen Preisen von Gas und Kohle im Zuge des Kriegs in der Ukraine sowie mit dem Produktionsausfall französischer Kernkraftwerke begründet. Auch hohe CO₂-Zertifikatspreise in der EU sollen eine Rolle gespielt haben. Natürlich übertragen sich ausländische Kosten- und Preissteigerungen immer stärker auf die Schweiz mit ihren ständig zunehmenden Stromimporten. Die Energiestrategie 2050 in ihrer um die Dekarbonisierung erweiterten Form (Energieperspektiven 2050 plus) entblößt ihr wahres Wesen einer Importstrategie.

Den Anstieg der Preise 2023/24 erklärt die ElCom wie folgt: Erstens würden sich bei vielen Netzbetreibern die höheren Strommarktpreise ab 2024 stärker im Energietarif niederschlagen als im Vorjahr, weil ein bedeutender Teil der Beschaffungen für 2023 noch vor dem Preisanstieg am Terminmarkt erfolgt war. Zweitens seien erstmals die Kosten der Winterreserve über einen Zuschlag auf dem Netznutzungstarif an die Endverbraucher «weiterzureichen». Drittens würden die Netznutzungstarife aufgrund der höheren Kapitalverzinsung steigen.

Unglaubliche Unterschiede

Dies sind ökonomisch plausible Erklärungen. Die beiden ersten hängen freilich wiederum eng mit der zunehmenden Importabhängigkeit der schweizerischen Stromversorgung zusammen: Einerseits spielt dadurch auch der Strommarktpreis eine zunehmende Rolle, denn der geografisch relevante Markt umfasst natürlich den europäischen Netzverbund. Andererseits dient die Winterreserve dazu, die besonders hohe und risikobehaftete Importabhängigkeit der Schweiz im Winter zu verringern. Dieses Ziel verfolgen auch das fossile Notfallkraftwerk in Birr/AG und andere Massnahmen, deren Kosten dem Endverbraucher aufgebürdet werden.

Die offiziellen Begründungen zu den Strompreiserhöhungen wurden von den Betroffenen zwar verär-

gert, doch schulterzuckend entgegengenommen. Ukrainekrieg, Kraftwerksprobleme in Frankreich, globale Energiepreishausse, Inflation, steigende Zinsen werden als unbeeinflussbare Umfeldentwicklungen hingenommen. Dass diese sich aber als Folge der schweizerischen Fukushima-Kurzschluss-Energiepolitik (Silvio Borner, Carnot-Cournot-Netzwerk: «Jahrhundertfehler») immer stärker auf die Schweiz auswirken und auch die immer noch drohende Mangellage in der Winterstromversorgung mit diesem Politikversagen zusammenhängt, wird kaum diskutiert.

Die Hälfte aller Haushalte zahlt höhere, die andere Hälfte niedrigere Preise als der hypothetische Median-Haushalt. Die starken Preisänderungen haben dieses Problem erst so richtig offenbart. Die ElCom belegt bei den rund 600 meist lokal tätigen Elektrizitätswerken (EW) schier ungeheuerliche Unterschiede in Rappen je kWh. Energie: 0.65 bis 32.38; Netzentgelte: 1.20 bis 23.35; Abgaben an die Gemeinwesen 0.00 bis 7.50. Beim Strompreis resultiert aus diesen Komponenten die enorme Bandbreite von 10.22 bis 50.62 Rp. je kWh. Über alle Haushalte und EW gleich ist nur der Netzzuschlag, der derzeit im gesetzlichen Maximum von 2.3 Rappen je kWh liegt.

Der Netzzuschlag dient der Förderung der erneuerbaren Energien, der Stützung der Grosswasserkraft und der ökologischen Sanierungen der Wasserkraft. Dass diese Massnahmen sinnvoll sind, wäre ökonomisch anzuzweifeln, was hier aber nicht Thema ist. Hingegen dürfte die gleiche Belastung der Haushalte nach Massgabe ihres Stromverbrauchs sinnvoll sein. Ebenfalls vertretbar sind offenbar lokal oder regional differenzierte, jedoch für alle vor Ort angeschlossenen Haushalte identische Abgaben (je kWh) an das Gemeinwesen, denn die belasteten Haushalte können diese im demokratischen Prozess mitbestimmen.

Damit sei aber nicht gesagt, dass spezifische kommunale oder kantonale Zusatzenergiepolitiken energieökonomisch oder generell sinnvoll sind – sie sind es meiner Meinung nach nicht. Die lokalen EW sind als Monopolversorger stets der Gefahr ausgesetzt, zu sachfremden politischen Zwecken instrumentalisiert zu werden. Diese Möglichkeit der Instrumentalisierung geben Lokalpolitiker nicht gerne aus der Hand, weshalb sie sich oft effizienzfördernden überregionalen Zusammenschlüssen von EW widersetzen. Dies zementiert die ineffizient zersplitterte Struktur der schweizerischen Stromversorgung mit rund 600 kleinen bis kleinsten Unternehmen.



«Strom wäre unter Wettbewerbsbedingungen schweizweit etwa gleich teuer.»

Die Frage nach dem Sinn regional oder lokal differenzierter Netznutzungstarife ist komplexer. Der Anschluss und die Bedienung verschiedener Ortschaften und Haushalte im Raum eines oder mehrerer EW kann sehr unterschiedliche Kosten verursachen (etwa aufgrund von Topografie, Besiedlungsdichte u.a.). Absolute Kostenwahrheit für jeden Haushalt oder kleinere Gruppen von Haushalten gibt es aus ökonomisch-methodologischen Gründen (Netzwerkeffekte, Skaleneffekte) nicht, weil sich dazu nicht alle Netzkosten objektiv zuschneiden lassen. Da aber im Bereich von Stromnetzen (stabile natürliche Monopole) Wettbewerb in der Regel weder möglich noch sinnvoll ist, kann über eine erwünschte Differenzierung auch auf dem Verhandlungsweg (Clublösung) oder politisch entschieden werden. Eine Differenzierung kann hier sinnvoll sein.

Grundversorgung lässt sich regulieren

Keineswegs sinnvoll, sondern ineffizient, unnötig und unfair gegenüber Haushalten, Kleinbetrieben und Bürgern sind die lokal und regional markant unterschiedlichen Energiepreise. Das von der ElCom zur Ermittlung der Preise berücksichtigte standardisierte, homogene Gut «Strom» (Energie) würde unter Wettbewerbsbedingungen nach kurzer Anpassungszeit der lokalen Anbieter schweizweit zu ungefähr denselben Konditionen und Preisen angeboten werden. Es würde sich dazu eine effiziente Preis- und Leistungs-differenzierung einstellen – etwa nach Zeit oder Knappheit, Vertragsdauer, Stromqualität (Wasser-, Atom-, Biostrom) und anderen Merkmalen. Effizienz und Innovation in Produktion und/oder Beschaffung, in Konditionen und Marketing wäre gefragt.

Dazu müssten sämtliche heute noch bei ihrem lokalen Anbieter auch für den Energiebezug noch «gefangenen» Kunden unverzüglich in den Wettbewerb entlassen werden. Die seit langem immer wieder zurückgestellte zweite Etappe der Liberalisierung der Energieproduktion wäre das; sie muss jetzt endlich angegangen werden. Eine politisch erwünschte minimale Grundversorgung, Sicherheit, Qualität und anderes mehr kann in der Stromproduktion genauso mittels Regulierung sichergestellt werden wie etwa in der Telekommunikation oder bei der Paketpost.

Als Minimal- oder Einstiegsvariante müssten endlich die ElCom und der Preisüberwacher die Preise des Stroms (Energieteil) regulieren, «als ob Wettbewerb herrschte» – ein anerkanntes Prinzip der Regulierung. Dazu müssen sie endlich weglassen von der schädlichen Preisregulierung nach Gestehungskosten.

Seit Jahren schon studiert das Bundesamt für Energie Marktmodelle für eine Liberalisierung der Stromproduktion – ohne Ergebnisse. Der neue Departementschef soll sich jetzt die Studien endlich vorlegen lassen.

Markus Saurer ist selbständiger Ökonom und Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk.

So läuft es hier

Sein Auftreten ist betont freundlich, er spricht leise, formuliert in Wünschen und Bitten.

Doch wenn ein US-Botschafter so an die Adresse des Gastlandes spricht wie Scott Miller im FuW-Interview (S. 19), dann heisst es für die Schweiz: Mach es so und nicht anders. Washington will von Bern, dass bis zu 100 Mrd. \$ an russischen Vermögen von sanktionierten vermeintlichen Profiteuren des Systems Putin auf Schweizer Bankkonten beschlagnahmt werden. Zudem will Washington die Wiederausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial durch andere Länder an die Ukraine, was das Schweizer Recht bisher nicht hergibt.

Dass die Forderungen von einem Land kommen, das selbst Steueroasen beheimatet und dessen Banken ebenfalls schmutzigem Russengeld Tür und Tor geöffnet haben, interessiert da nicht. Die USA können sich qua ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht noch jede Ausnahme leisten.

Die Schweiz leistet hingegen Gehorsam: Das Kriegsmaterialgesetz kann revidiert werden und Sonderfälle zulassen. Das Antigeldwäschegesetz wird erweitert, um in Zukunft erkennen zu können, wer hinter verschachtelten Besitzstrukturen und fraglichen Vermögenswerten steckt.

Washington wird sich allerdings daran gewöhnen müssen, dass die legislativen Schweizer Mühlen langsam mahlen. Bis ein Gesetz hierzulande in Kraft tritt, können Jahre vergehen. Der Prozess ist bewusst so gestaltet, um überhastete Fehler zu vermeiden und möglichst viele Teile der Gesellschaft mitzunehmen.

Und am Ende kann immer noch das Volk via Abstimmung das letzte Wort über alles haben. Daran ändern auch die Forderungen der Weltmacht nichts, die für sie im schlimmsten Fall Wünsche und Bitten bleiben könnten.



VALENTIN ADE
Redaktor
zum Thema
USA-Schweiz

Gefahren für den Aufstieg Indiens

Das volkreichste Land hat zwar mächtig aufgeholt, doch nun führt der wirtschaftspolitische Kurs der Regierung Modi in die falsche Richtung. **ANNE O. KRUEGER**

Vor einigen Jahrzehnten war Indien ein wenig bedeutender Akteur auf der Weltbühne. Trotz der Grösse des Landes und seiner riesigen Bevölkerung hatte es mit einer Entwicklung zu kämpfen, die abwertend als «Hindu-Wachstumsrate» bezeichnet wurde. Von 1947, als Indien unabhängig wurde, bis in die Achtzigerjahre wuchs das BIP jährlich nur bescheidene 4% bzw. pro Kopf 2%.

Wie haben sich die Dinge doch geändert. Mit einer jährlichen BIP-Wachstumsrate von durchschnittlich 6,2% seit 2006 hat sich Indiens Wirtschaft zu einer der am schnellsten wachsenden der Welt entwickelt. Aber kann Indien diese beeindruckende Leistung weiter erbringen?

Ein Grund, warum Indiens Wirtschaft so lange gebraucht hat, um rasch zu wachsen, besteht darin, dass die Regierung die heimische Wirtschaftstätigkeit lange massiv reguliert hat. Der internationale Handel war Kontrollen unterworfen, und Auslandsinvestitionen wurden unterbunden.

Fünftgrösste Volkswirtschaft

Doch 1991 zwang eine schwere Wirtschaftskrise Neu-Delhi zu Reformen, die den Weg für eine rasche Ausweitung des Handels ebneten. Indiens Anteil an den weltweiten Exporten stieg von 0,5% im Jahr 1991 auf 2,6% im Jahr 2022. Der Anteil am Handel im Bereich gewerblicher Dienstleistungen erreichte noch höhere Werte, und das trug zu einem kräftigen Einkommensanstieg bei.

Auch wenn der wirtschaftliche Aufstieg Indiens beeindruckt, stand er doch über Jahrzehnte hinweg im Schatten Chinas. 2021 allerdings wies Indien zum ersten Mal ein höheres Wachstum auf als China. Der Internationale Währungsfonds erwartet, dass sich diese Entwicklung fortsetzen

«Nun, da geopolitische Verschiebungen Indiens Position stärken, wird vorausgesagt, dass das Land die nächste wirtschaftliche Supermacht werden könnte.»

wird, wobei Indien 2023 und 2024 ein Wachstum von 6,3% verbuchen dürfte. Im Vergleich dazu liegen die entsprechenden Werte für China bei 5 bzw. 4,2%. Auch das indische Pro-Kopf-Einkommen steigt schneller, obwohl Indien mit etwa 1,42 Mrd. Menschen China überholt hat. Mittlerweile ist Indien nicht nur das bevölkerungsreichste Land, sondern, gemessen an aktuellen Wechselkursen, auch die fünfgrösste Volkswirtschaft, und die drittgrösste, wenn es um Kaufkraftparität geht.

Freilich haben Indiens Politik sowie die Zentralbank seit den Neunzigerjahren noch mehr getan. Die Telekommunikation wurde grundlegend modernisiert, das Bankensystem wurde stabilisiert.

In jüngerer Vergangenheit hat die Regierung unter Premierminister Narendra Modi die Ausgaben für die Instandhaltung und die Verbesserung der Infrastruktur erhöht. Der Zugang zu Elektrizität wurde auf 98% der Haushalte ausgeweitet, und staatliche Geldleistungen haben die Situation der Ärmsten verbessert. Die Struktur des Steuersystems wurde umgestaltet (um Ineffizienzen zu verringern, die sich aus den unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen der einzelnen Bundesstaaten ergeben), und das Konkursrecht wurde optimiert.

Indiens wirtschaftlicher Erfolg der jüngeren Vergangenheit hat das internationale Ansehen des Landes gestärkt und sein Selbstvertrauen gefestigt. Nun, da geopolitische Verschiebungen, besonders die Rivalität zwischen den USA und China, Indiens Position weiter stärken, wird manchenorts vorausgesagt, dass das Land die nächste globale wirtschaftliche Supermacht werden könnte.

Dazu sind weitere Reformen nötig. Die Regierung scheint sich jedoch von einigen der Grundsätze und Massnahmen zu verabschieden, die Indiens Aufstieg vorangebracht haben. Zunächst einmal hat sie eine Initiative unter dem Titel «Make in India» angekündigt, in deren Rahmen mit Subventionen, Zöllen und anderen Massnahmen Unternehmen angeregt werden sollen, Produkte im Land zu entwickeln, herzustellen und zu montieren, obwohl gerade die Liberalisierung des Handelsregimes das Wachstum Indiens in den vergangenen Jahrzehnten ermöglicht hat.

Da indische Grossunternehmen zudem beträchtliche staatliche Unterstützung erhalten, geniessen sie einen noch stärkeren Vorteil gegenüber kleinen und mittelgrossen Betrieben (KMU), die darum ringen, sich in den Regulierungen und Vorschriften für wirtschaftliche Aktivitäten zurechtzufinden. Die Regierung scheint nicht zu verstehen, dass eine solide Gründerkultur und dynamische KMU für ein gesundes Wirtschaftswachstum unerlässlich sind. Auch ist es nicht hilfreich, dass die Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe nur langsam vorankommt. Hinsichtlich des Umgangs mit Behörden oder Gerichten sind lange bürokratische Wartezeiten immer noch die Norm.

«Es ist nicht hilfreich, dass die Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe nur langsam vorankommt.»

An der politischen Front scheint sich die Regierung Modi von den in der indischen Verfassung verankerten Grundsätzen des Säkularismus zugunsten des Hindu-Chauvinismus zu verabschieden. Modis Bharatiya Janata Party zeigt kaum Toleranz gegenüber Nicht-Hindus. In dieser Hinsicht ist die Regierung mit Vorwürfen der Diskriminierung konfrontiert. Auch die Unterdrückung der Pressefrei-

heit und die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht geben Anlass zu ernsthafter Sorge.

Bildung muss besser werden

Aufgrund seiner grossen, jungen Bevölkerung könnte Indien in den nächsten Jahren von einer demografischen Dividende profitieren. Doch um sie zu nutzen, muss sichergestellt sein, dass junge Leute Zugang zu hochwertiger Bildung und attraktiven Arbeitsplätzen haben. Doch schon jetzt hat Indien mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Obwohl die Einschulungsraten gestiegen sind, ist die Unterrichtsqualität nach wie vor schlecht, was sich in einer hohen Analphabetenrate unter Erwachsenen spiegelt. Die Qualifikation der Arbeitskräfte muss dringend verbessert werden.

Ein rasch wachsendes, demokratisches Indien würde nicht nur dem indischen Volk, sondern der ganzen Welt zugutekommen. Doch der derzeitige Weg der Regierung führt in die Sackgasse. Daraus muss die indische Führung herausfinden und sich auf die Stärkung der allgemeinen und der beruflichen Bildung, die Verschlankung der Bürokratie und die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konzentrieren. Wenn das gelingt, könnte das 21. Jahrhundert Indien gehören.

Anne O. Krueger lehrt an Johns Hopkins und Stanford. Copyright: Project Syndicate.